



# HESSISCHER LANDTAG

4118  
23/11/16  
/b

PL

## Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE sowie der Abg. Öztürk

betreffend Solidaritätserklärung des Hessischen Landtages mit den JournalistInnen, den BürgermeisterInnen, GewerkschafterInnen und Abgeordneten der HDP in der Türkei

In Anlehnung an die gemeinsame Erklärung der Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FDP erklären die Abgeordneten des Hessischen Landtages:

Der Landtag wolle beschließen:

Die türkische Regierung geht nach dem gescheiterten Putschversuch von Teilen des türkischen Militärs verstärkt gegen Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, zehntausende Beamtinnen und Beamte, generell gegen Andersdenkende und auch gegen gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Abgeordnete der oppositionellen HDP vor.

Sie werden ohne rechtsstaatliches Verfahren entlassen, verfolgt, drangsaliert, inhaftiert. Es gibt Berichte über die Wiederkehr der Folter in türkischen Gefängnissen. Es herrschen Willkür und Rechtlosigkeit unter dem Deckmantel des Ausnahmezustands.


Der türkische Präsident spricht davon, die Todesstrafe wieder einzuführen. Mit der Verhaftung von gewählten Abgeordneten greift er massiv in das freie Mandat ein. Der langjährige Demokratisierungsprozess der Türkei muss als gescheitert angesehen werden, wodurch auch die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union aufs höchste gefährdet sind.

Die Abgeordneten des Hessischen Landtages erklären sich solidarisch mit den Abgeordneten, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Journalistinnen und Journalisten und all denjenigen, die sich für die Verteidigung der Demokratie in der Türkei einsetzen.

Wir rufen die türkische Regierung dazu auf, umgehend die Inhaftierten freizulassen, den Ausnahmezustand aufzuheben, die Menschenrechte und vor allem die Meinungsfreiheit zu beachten und zu respektieren. Wir appellieren an die hessische Landesregierung und die deutsche Bundesregierung, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission, in diesem Sinne auf die türkische Regierung einzuwirken.

Wir sind besorgt über die Situation in Bursa, Hessens türkischer Partnerregion, wo ebenfalls oppositionelle Politikerinnen und Politiker und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verfolgt und verhaftet werden.

Wiesbaden, 23. November 2016

  
Thorsten Schäfer-Gümbel  
Der Fraktionsvorsitzende

  
Janine Wissler  
Die Fraktionsvorsitzende

  
Mürvet Öztürk  
(fraktionslos)